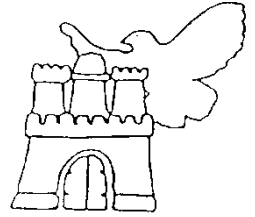


HAMBURGER FORUM

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.



Die Waffen nieder in der Ukraine! Stoppt die NATO!

Die Hamburger Friedensbewegung teilt mit vielen Menschen hierzulande die Sorge um den Frieden in Europa, der durch die Ereignisse in der Ukraine bedroht ist. Die Expansionspolitik von EU, USA und NATO trägt nicht zur Beruhigung und zu einer friedlichen Lösung, sondern zur weiteren Destabilisierung bei.

Die USA – die seit Langem zur Finanzierung der ukrainischen Rechten beitragen – und die EU haben sich massiv in die internen politischen Auseinandersetzungen in der Ukraine eingemischt. Sie unterstützen die nicht gewählte Übergangsregierung der Ukraine, die maßgeblich von Vertretern der neofaschistischen Partei „Svoboda“ und dem rechtsradikalen militanten „Rechten Sektor“ beeinflusst ist. Die Machtübernahme dieser Regierung hatte zunächst die Funktion, die nicht kontrollierbare demokratische Bewegung in der Ukraine, die sich für politische Partizipation, soziale Verbesserungen und gegen Korruption eingesetzt hatte, einzudämmen. Jetzt ist das Ziel, die Menschen in der Ostukraine, die mehr Autonomie und Selbstbestimmung für sich reklamieren, mit militärischer Gewalt zu bekämpfen.

Der vor kurzem einberufene „Runde Tisch“ ist eine Mogelpackung, weil Vertreter der „abtrünnigen“ Regionen, die angeblich von Russland aus gesteuert werden, ausgeschlossen bleiben sollen. Doch die eigentliche Ursache für die internationalen Spannungen in der Ukraine und zunehmend in der Region liegt in der Politik von EU und USA: Der Einflussbereich der NATO wird weiter an Russland herangeschoben, die Ukraine soll mit einem Assoziierungsvertrag wirtschaftlich an die EU gebunden und militärisch gegen Russland in Stellung gebracht werden.

Was die Ukraine und die Region jetzt brauchen, sind ein sofortiger Waffenstillstand und der Beginn eines Verhandlungsprozesses mit allen Beteiligten, in dem der Wille der ukrainischen Bevölkerung im Mittelpunkt steht und nicht die Interessen externer Mächte und einheimischer korrupter Politiker und Oligarchen.

Mit einer Erklärung unter dem Titel "**Aus Sorge um den Frieden**" haben sich Mitte Mai 100 Persönlichkeiten an Politik und Öffentlichkeit gewandt: Im Folgenden dokumentieren wir den Text in gekürzter Fassung. Unter www.kontext-tv.de finden Sie die vollständige Erklärung und die Namen der bisherigen Unterzeichner; hier kann die Erklärung auch online unterzeichnet werden.

Aus Sorge um den Frieden und mit Blick auf die anhaltend kritische Lage in der und um die Ukraine wenden wir uns an Bundesregierung, Parlament und Öffentlichkeit mit der dringenden Bitte: Lassen Sie nicht zu, dass der Kampf um die Ukraine zu einem Stellvertreterkrieg zwischen „dem Westen“ und Russland eskaliert!

Hundert Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges befindet sich die Welt in einer selbstverschuldeten gefährlichen Lage, in der sogar mit der Möglichkeit eines erneuten globalen Krieges gespielt wird. Es ist höchste Zeit, dass alle Menschen, die guten Willens und am Frieden interessiert sind, dem verantwortungslosen Kampf um Einflussphären, Gaspipelines und geostrategische Positionen Einhalt gebieten. Wirtschaftssanktionen und andere „Strafmaßnahmen“ der USA, der EU und Deutschlands gegenüber Russland sind ein untaugliches Mittel zur Deeskalation, zumal der Westen selbst nicht in der Lage oder Willens ist, seine Verbündeten in der Kiewer „Übergangsregierung“ zur Einhaltung der ausgehandelten Verträge, zuletzt der Genfer Vereinbarung, zu bewegen. Sanktionen versperren den Weg zu Gesprächen und Kompromissen und wirken somit krisenverschärfend.

In der Pariser Grundakte über Gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen NATO und Russland vom Mai 1997 haben sich beide Seiten verpflichtet, „gemeinsam im euro-atlantischen Raum einen dauerhaften und umfassenden Frieden“ zu schaffen. „Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen“, heißt es dort. Beide Seiten strebten „ein Europa ohne Trennlinien oder Einflussphären“ an, die die Souveränität irgendeines Staates einschränken. „Ungelöste Gebietsstreitigkeiten, die eine Bedrohung für unser aller Frieden, Wohlstand und Stabilität darstellen“, sowie andere „Meinungsverschiedenheiten“ sollten auf der Grundlage des „gegenseitigen Respekts im Rahmen politischer Konsultationen“ beigelegt werden.

Zwei Jahre später öffnete die Nato mit ihrem ohne UN-Mandat und gegen den russischen Willen geführten Krieg gegen Serbien die Büchse der Pandora. Auch die vom Westen geführten Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen haben – bei katastrophalen Opfern unter der einheimischen Zivilbevölkerung – ihre selbstgesteckten Ziele gründlich verfehlt. Kriege lösen keine Probleme – ein weiterer Beweis dafür ist mehr als entbehrlich.

Die hemmungslose Osterweiterung der NATO, die seit Jahren über ihre Grenzen hinausgreift und zur Ukraine enge Beziehungen aufbaut, ist nicht von dem Russland zugesagten Respekt getragen. In der Pariser „Grundakte“ wurde noch lobend hervorgehoben, dass Russland „tiefe Einschnitte in seine Streitkräfte vorgenommen“ und „in beispielloser Weise Truppen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den baltischen Staaten abgezogen“ habe. Aber das tat Russland doch nicht, damit die NATO nun ihrerseits sich in diesen Ländern festsetzt und ihre Grenzen bis unmittelbar an die Russische Föderation ausdehnt!

Wie der Website von Jazenjuks Stiftung „Open Ukraine“ zu entnehmen ist, haben das US-Außenministerium und die Nato seit Jahren Aktivitäten finanziert, die der ökonomischen und militärischen Annäherung an den Westen dienen. Vor diesem Hintergrund sind die Vorgänge um die Krim mit Vorwürfen wie den Begriffen „Annexion“ oder „Invasion“ an die Adresse Moskaus nicht hinreichend beschrieben. Statt die Ukraine in unlösbare Alternativen zwischen Eurasischer Union und Europäischer Union zu treiben und sich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zu überbieten, sollten beide Seiten und alle um den Frieden Besorgten neu darüber nachdenken, wie in der heutigen Staatenwelt vermehrt auftretende Spannungsverhältnisse zwischen der territorialen Unverletzlichkeit von Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht von Bevölkerungen und Minderheiten friedlich zu lösen sind. [...]

Von der Bundesregierung verlangen wir, dass sie eine Politik zum Abbau der aufgebauten Spannungen und zur Deeskalation der militärischen Konfrontation betreibt. Wir setzen auf gemeinsame Sicherheit: In den internationalen Beziehungen, insbesondere in den historisch so belasteten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten des „gemeinsamen Hauses Europa“ Berücksichtigung finden.

Wir fordern von Politik und Medien, die Nato-Staaten und Russland daran zu messen, wie sie die von beiden Seiten unterzeichnete Pariser Grundakte einhalten. Die Verantwortung der Medien liegt in sachgerechter Berichterstattung und rhetorischer Abrüstung. Der Rückfall in alte Feindbilder schürt den überwunden geglaubten Kalten Krieg.

Wir fordern den Stopp von ökonomischen "Strafmaßnahmen", die letztlich auf Kosten der Lebensbedingungen der Völker gehen und nicht nur in der Ukraine Rechtsextremen in die Hände arbeiten.

Wir fordern alle diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Konflikte in der Ukraine zu lösen. Die baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der Konfliktparteien könnte deeskalierend wirken und Vertrauen schaffen.

Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation

Wir schließen uns der Erklärung "Aus Sorge um den Frieden" an, die auch nach der Präsidentenwahl in der Ukraine nichts an Aktualität eingebüßt hat.

Konkret fordern wir von der Bundesregierung:

- Bemühungen um einen nachhaltigen Waffenstillstand in der Ukraine
 - eine Politik der Deeskalation und den Abbau der Spannungen mit Russland
 - Keine Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften in der Ukraine
 - keine Wirtschaftssanktionen
 - Rücknahme des „Assoziierungsabkommens“
 - Keine Waffenexporte in die Region
 - Schluss mit der Osterweiterung der NATO
-
- Von den Medien in unserem Land verlangen wir sachgerechte Berichterstattung und rhetorische Abrüstung

**Krieg löst keine Probleme – Krieg ist Terror!
Eine Welt ohne Krieg ist möglich!**

Im Mainstream der Medien kommen unsere Alternativen nicht zur Sprache. Wir haben nur uns selbst, um mit Flugblättern und Demonstrationen die Stimme der Vernunft am Leben zu erhalten und deutlich zu machen: Eine andere Welt ist möglich und nötig.

Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.? Wir sind Einzelpersonen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, den Irak und Afghanistan aufgerufen. Weitere Informationen finden sich im Internet:

www.hamburgerforum.org